

BAUWIRTSCHAFT UND BAURECHT

FINANZIERUNG • WOHNUNGSWIRTSCHAFT
BAUINDUSTRIE • BAUGEWERBE
RECHTSFRAGEN • RECHTSAUSKÜNFTEN

BEILAGE ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG NR. 41-42

HERAUSGEBER • REGIERUNGSBAUMEISTER FRITZ EISELEN

ALLE RECHTE VORBEHALTEN • FÜR NICHT VERLANGTE BEITRÄGE KEINE GEWÄHR

DBZ

65. JAHR 1931

20. MAI

B NR. 21

BERLIN SW 48

STAAT UND BAUWIRTSCHAFT

VON STADTBAURAT DR.-ING. MARTIN WAGNER, BERLIN

Der Verfasser hat in Ergänzung seiner Ausführungen, die zuerst im „Berliner Tageblatt“ erschienen, uns deren Abdruck gestattet. Ohne uns seine Ansichten in allen Punkten zu eigen zu machen, glauben wir doch, einem weiteren Fachkreise die Auffassung des in vorderster Reihe stehenden Sachkenners der Materie nicht vorenthalten zu sollen, zumal der Gedanke eines Arbeitsbeschaffungsprogramms großen Stils, wobei der Bauwirtschaft die Hauptrolle zufällt, verdient, sich zu festeren Formen zu verdichten.

Die Schriftleitung.

Ein Volk, das nicht baut, das lebt nicht! — Ich weiß, daß dieser Satz ein wenig überspitzt ist. Ich spreche ihn dennoch aus, um ihn der Behauptung entgegenzustellen, daß unser Volk dem Luxus und der Verschwendung huldige, wenn es seine Ersparnisse in Bauten anlegt. Denen, die so urteilen, möchte ich doch die Frage vorlegen, ob es denn so ganz falsch ist, die Bauten zu unserem Nationalvermögen zu rechnen und sie in den statistischen Aufstellungen über unser Volksvermögen mit der doch gewiß nicht unbeachtlichen Summe von 500 Milliarden Reichsmark auszuweisen?

Wir hätten nach dem Kriege zuviel gebaut und zu starke Teile unseres neugebildeten Kapitals in Bauten angelegt — so sagen sehr namhafte Finanzkritiker. Wie steht es mit diesem Einwand?

Gewiß, wir haben in den letzten fünf Jahren sehr viel gebaut, und es ist gewiß kein gesunder Wirtschaftszustand, wenn der deutsche Baumarkt sich in den Jahren 1925 bis 1928 von 5,5 Milliarden RM auf 9,2 Milliarden RM ausweitete, um 1930 wieder auf 7 Milliarden RM herabzufallen. Hier sehe ich eine Krankheitskurve, die wohl niemand mehr bedauert, als die Bauwirtschaft selbst, die den Leerlauf ihres unnötig vergrößerten Apparates heute bezahlen muß.

Aber selbst dieser Regiefehler kann die Tatsache nicht beseitigen, daß wir in Deutschland je Kopf immer nur die Hälfte von dem für Bauten ausgeben, was Amerika für diesen Zweck aufwendet. (110 RM je Kopf gegen 245 RM!). Ich möchte auch nicht ohne weiteres oder doch nur mit starken Einschränkungen zugeben, daß wir beim Bauen über unsere Verhältnisse hinaus gelebt haben. Jedenfalls standen in der 5-jährigen Periode von 1924 bis 1928, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, einem innerdeutschen Investitionskapital von 54 Milliarden RM nur eine Bauproduktion von 52 Milliarden RM gegenüber.

Nach all dem scheint es mir nicht recht vertretbar zu sein, einen Zweig der deutschen Wirtschaft, der 2 Millionen Arbeiter beschäftigt und direkt $4\frac{1}{2}$ Millionen Menschen ernährt, mit nun weit mehr als 1 Million Arbeitslosen und einem Betriebsleerlauf von mehr als 50 v.H. einfach sich selbst zu überlassen.

Wer die Berliner Bauausstellung 1931 durchwandert, wird in keiner ihrer Abteilungen irgend etwas sehen, was die gegenwärtige Wirtschaftslage des deutschen Baumarktes oder seine nächste Zukunft widerspiegelt. Die Ausstellung ist von einem unverwundlichen Optimismus beherrscht, der nur einen einzigen Grundsatz kennt: man muß bauen, wenn man leben will. Von diesem Geist der Bauausstellung wird hoffentlich ein sehr starker Anstoß zu vorwärtsschreitender Arbeit ausgehen.

Aber eine ganz andere Frage ist es, ob diese Kräfte stark genug und wach genug sein werden,

ihren feindlichen Brüdern entgegenzutreten, die nun seit mehr als zwei Jahren am Werke sind, der deutschen Bauwirtschaft die Lebensadern abzuschneiden. Als eindeutiger und mutiger Bekenner seiner Gegnerschaft zum Baumarkt ist kürzlich der Reichsfinanzminister Dietrich in einem Vortrag vor dem Kartell des selbständigen Mittelstandes hervorgetreten. Nach einem Bericht des „Berliner Tageblatt“ hat der Herr Reichsfinanzminister der Bauwirtschaft etwa folgenden Sündenpiegel vor Augen gehalten:

1. Der Abbau der Bauwirtschaft war notwendig, weil sie Wohnungen produzierte, die die Minderbemittelten nicht bezahlen konnten.
2. Die öffentliche Bauwirtschaft hat Löhne und Preise in die Höhe getrieben, deren Zurückschraubung eine unbedingte Notwendigkeit war.
3. Die Staatswirtschaft muß wieder der Privatwirtschaft Platz machen. Durch die Abdrosselung der Bauwirtschaft werde zwar die Ankurbelung der Gesamtwirtschaft gehemmt, die Abdrosselung sei aber notwendig, wenn man nicht alte Fehler fortsetzen wolle.

Da diese drei Thesen nicht nur die Meinung des Herrn Reichsfinanzministers wiedergeben, sondern auch der Ansicht der meisten Bankleute und vieler Tagespolitiker entsprechen, so sei es einem Baufachmann hier einmal gestattet, auf diese Themen näher einzugehen.

Zu These 1: Warum gleich die ganze Bauwirtschaft abgedrosselt werden mußte, weil einzelne Stellen der öffentlichen Hand — „ein abschreckendes Beispiel dafür ist Berlin“, so sagt der Herr Minister — Wohnungen mit zu hohen Mieten erbauen ließen, ist mir niemals verständlich geworden. Der Bauwirtschaft und dem Baugewerbe als solchem war es doch vollkommen gleich, ob der Bauauftraggeber Wohnungen mit hohen oder mit niedrigen Mieten in Auftrag gab. Verantwortlich für die hohen Mieten ist doch ausschließlich das Bauherrentum und nicht das Baugewerbe!

Aber auch das Bauherrentum bittet ergebenst um die Erlaubnis, die Verantwortlichkeit etwas näher zu spezialisieren. Das Bauherrentum ist gewiß nicht verantwortlich zu machen für einen Hypothekenzinsfuß von 9 bis 15 v.H., es würde lieber — wie im Frieden — $4\frac{1}{2}$ und $4\frac{3}{4}$ v.H. für erststelliges Kapital bezahlen. Das Bauherrentum hat es der Reichsregierung aber nicht einmal, sondern zehn- und hundertmal gesagt, daß

1 v.H. Zinsen für die Niedrighaltung der Mieten mehr bedeuten als 10 v.H. Baukosten.

Das Bauherrentum ist aber auch nicht für die von ihm wie von mir bis zum Überdruß kritisierte Woh-

nungspolitik der Reichsregierung und des Herrn Ministers Hirtsiefer verantwortlich, die jahrelang und entgegen allem Rat der Sozialpolitiker kein anderes Ziel kannte, als ein Höchstmaß von Wohnungen zu bauen und dieses Höchstmaß à conto der Wohnungsmieten zu erreichen. Wer anders als die Regierungsstellen im Reich und in Preußen haben die billige Hauszinssteuerhypothek auf ein unzureichendes Maß begrenzt und so jeden Bauherrn geradezu gezwungen, teures Hypothekenkapital aufzunehmen und damit teure Mieten einzuführen?

Zu These 2: Die öffentliche Bauwirtschaft habe die Löhne und die Preise in die Höhe getrieben, deren Zurückschraubung eine unbedingte Notwendigkeit war? Ich will dem Herrn Reichsfinanzminister Dietrich ohne weiteres zugeben, daß die Preise im deutschen Baugewerbe eine unnatürliche Höhe gehabt haben. Ich kann ihm dieses Zugeständnis um so eher machen, als ich seit mehr als zehn Jahren gegen das Preisniveau im Baugewerbe angekämpft habe. Wenn die deutsche Bauproduktion von 3,4 Milliarden RM im Jahre 1924 auf 9,1 Milliarden RM im Jahre 1928 steigt, um 1930 wieder auf 6,8 Milliarden RM zu fallen, dann müssen nach einem ganz alten, auch von Herrn Minister Dietrich anerkannten Gesetz von Angebot und Nachfrage die Preise steigen. Die Reichsregierung hatte es aber seit 1924 in der Hand gehabt, den Baumarkt allmählich zu steigern und dann auf der Höhe zu halten, die volkswirtschaftlich verantwortbar gewesen wäre.

Volkswirtschaftlich auch heute noch verantwortbar halte ich einen Bauumsatz von jährlich 7 Milliarden RM.

Darüber zu wachen, daß dieser Umsatz nicht überboten wird, war schon deshalb sehr leicht möglich, weil die öffentlichen Mittel allein 66 v. H. der deutschen Bauproduktion beherrscht haben.

Der Herr Minister ist nun aber der Meinung, daß wir auf 25 Milliarden RM Industrie- und Wohnungsbauten 6 Milliarden RM Überpreise, d. h. Überpreise von 24 v. H., gezahlt haben. Wie er auf diese Ziffer kommt, ist mir nicht recht verständlich. Ein Schiedsspruch des Reiches hat eine Minderung der Löhne im Baugewerbe nur um 7 v. H. als angemessen anerkannt. Daß die Unternehmer auch in der Hochkonjunktur des Jahres 1928 ihre Preise mit einem unberechtigten Gewinn von 24 v. H. kalkuliert haben, möchte selbst ich entschieden bestreiten. Die von Herrn Minister Dietrich konstruierten Überpreise liegen zu 50 v. H. in dem Leerlauf, mit dem die deutsche Bauwirtschaft (dank mangelnder Regelung des Kapitalzuflusses der öffentlichen Hand) zu arbeiten hat. Aber ich finde nirgends nur ein Anzeichen dafür, daß die Privatwirtschaft die Preise nicht in die Höhe getrieben hat.

Zu These 3: Die Staatswirtschaft muß wieder der Privatwirtschaft Platz machen. Es steht zwar jedem Menschen frei, sein Glaubensbekenntnis abzulegen. Aber dieses Glaubensbekenntnis darf sich nicht nur auf Liebe und Vorliebe aufbauen, sondern muß auch Erkenntnisse und Folgerungen möglich machen. Und welche Folgerungen soll man nun aus dem Glaubensbekenntnis des Herrn Reichsfinanzministers ziehen? Sie sagen: „Nur die Kleinwohnungen dürfen noch mit öffentlichen Mitteln gebaut werden!“ Gut! Das war bisher so und das soll auch so bleiben! Für die

größeren und großen Wohnungen hat die Privatwirtschaft seit jeher völlig freie Hand gehabt und — dennoch nicht gebaut oder den Bau heute doch restlos eingestellt! Dann haben wir noch einen wirklich öffentlichen Bau in der Form von Straßen, Kanälen, Schulen usw. Soll hier die Staats- und Stadtwirtschaft auch der Privatwirtschaft weichen? Aber sie ist ihr bereits insofern gewichen, als der Staat und die Städte dem privaten Baugewerbe Aufträge auf diesen Gebieten nicht mehr oder doch nur mit Kürzungen bis zu 90 v. H. erteilen können.

Was dann für die ganze Bauwirtschaft noch übrig bleibt, ist der gewerbliche Bau, der immer Privatbau war. Wo fände nun die Privatwirtschaft den Platz, den die Staatswirtschaft ihr freimachen soll?

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe wird und muß zunehmen, wenn die aus vorjährigen Mitteln errichteten Bauten fertiggestellt sein werden. Der Wohnungsbau wird anstatt seiner 2,8 Milliarden RM Bauumsatz im Jahre 1930 nur noch knapp die Hälfte betragen und weiter abebben, weil das Reich ihm mit der Entziehung von 400 Mill. RM Hauszinssteuer über 1 Milliarde RM Bauumsatz entzogen hat. Der öffentliche Bau wird anstatt der 1,7 Milliarden RM vielleicht nur 1 Milliarde RM Umsatz erreichen, weil die Städte sämtliche Einnahmen den Wohlfahrterwerbslosen zuführen müssen. Ohne ein

Arbeitsbeschaffungsprogramm großen Stils und ohne daß der Bauwirtschaft in diesem Programm die Hauptrolle zugewiesen wird, ist der deutschen Wirtschaft nicht zu helfen, keinesfalls schnell zu helfen.

Und dieses Programm wiederum ist nicht durchführbar, wenn nicht die Staatswirtschaft mit der Privatwirtschaft Hand in Hand arbeitet.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm, von dem ich sprach, muß die unproduktiv verausgabten Kapitalien wieder durch den Produktionsprozeß hindurchziehen und früher oder später zu einer Rente bringen. Unter unproduktiv verausgabten Kapitalien verstehe ich:

- a) bei den Städten als Auftraggeber:
 1. die Erwerbslosenunterstützungen und Wohlfahrtsunterstützungen,
 2. die im Bau- und Siedlungsboden der Städte investierten Kapitalien,
 3. die Lagerbestände der Städte an halbfertigen und fertigen Straßen,
- b) bei dem Baugewerbe als Auftragnehmer:
 4. die aufgehäuften Lagerbestände an Baustoffen,
 5. die nutzlos verausgabten Kosten für den Leerlauf der Betriebe,
 6. den Verlust der Gewinnquoten.

Durch sinngemäße Verkuppelung der Interessen dieser beiden Teile ließe sich bei dem Fortbestehen der Not an Kleinwohnungen ein Notstandsprogramm für fast alle Städte aufstellen, das sehr wohl geeignet wäre, der Arbeitslosigkeit zu Leibe zu gehen, auch ohne daß zusätzliches Kapital aus der Wirtschaft aufgebracht zu werden braucht. Aber wo ist die Stelle, die die Initiative im großen Stil ergreift? Vielleicht ist es die Bauausstellung, die die Bedeutung des Baumarktes für die Gesundung der Gesamtwirtschaft wieder wach werden läßt. Ich weiß es nicht. Ich weiß nur das eine: Ein Volk, das nicht baut, das lebt nicht! —

DEUTSCHER U. AMERIKANISCHER KRANKENHAUSBAU

VON DR. MED. H. C. LUDWIG SCHMIEDER, HEIDELBERG

Die führende Fachzeitschrift über amerikanisches Krankenhauswesen „The Modern Hospital“ bringt anläßlich einer Veröffentlichung von Arbeiten des Architekten H. Distel in Hamburg eine äußerst interessante Gegenüberstellung von typischen deutschen und amerikanischen Gepflogenheiten bei Krankenhausbauten.

Zur Beurteilung muß man allerdings wissen, daß in Amerika fast jeder Kranke, wenn er bettlägerig wird, von seinem Hausarzt in ein Krankenhaus gebracht und dort von ihm weiterbehandelt, unter Umständen auch von ihm operiert wird. Das Krankenhaus stellt den Raum und die Bedienung; Bessergestellte bringen außerdem Privatpflegerinnen mit. Der Verfasser des Artikels, Arch. C. A. Erikson (Chikago), stellt die beiderseitigen Gewohnheiten z. T. in witziger Weise einander gegenüber. Die Gegenüberstellung sei dem Sinne nach im Folgenden kurz wiedergegeben, weil sie vieles enthält, was drüben als selbstverständlich gilt, bei uns aber zum großen Teil verpönt ist, vielleicht auch noch nicht beachtet wird.

Was die Deutschen machen.

Ihre Flure sind besser als unsere. Sie sind immer gut belichtet und haben meist nur auf einer Seite Räume. Die wenigen, nach amerikan. Verhältnissen ungenügenden, Nebenräume sind auf die freie Seite des Flures verteilt.

Sie fürchten, daß ihre Aborte, Bäder und Ausgauräume Pest und Plagen in das Krankenhaus bringen (ein gutes altes europäisches Erbe). Sie ordnen die Nebenräume i. d. R. da an, wo wir unsere besten Räume für die Privatpatienten annehmen, die am meisten Geld einbringen.

Sie sehen reichlich Badewannen vor, sogar drei Stück in einem Raume ohne Zwischenwände (vielleicht gemeinsame Bäder?).

Wasser, Licht und elektr. Therapie sind zur höchsten Vollkommenheit ausgebildet. Es ist unverstündlich, weshalb diese in Amerika nur widerwillig eingeführt werden.

Für Ärzte sind nur wenige Büros vorgesehen. Das ist verständlich, weil es nur wenige leitende Ärzte in den Krankenanstalten gibt. Ein Chirurg z. B. versieht die Arbeit, für die wir 20 oder 27 Ärzte in Tätigkeit setzen.

Therapeutische und diagnostische Abteilungen gruppieren sie in der Regel zusammen, trotzdem brauchen sie denselben Platz wie wir.

Sie haben immer noch Operationsräume mit Oberlichtfenstern mit den unvermeidlichen wasserdurchlässigen Stellen darin, dem Schmutz usw. Aber vielleicht sind die elektr. Werke in Deutschland nicht so zuverlässig wie bei uns? Oder ist die Menge und Art des Nordlichtes einheitlicher als in den meisten Teilen von Amerika? Oder müssen diese Fenster immer noch gemacht werden, weil es bisher so Übung war?

In Deutschland sieht man überall Tageräume und gedeckte Hallen als Ergänzung des Gartens vor, in einem Ausmaß, wie es in Amerika nur bei den besten Krankenhäusern der Fall ist. (Selbst dort nicht. — Der Verf.)

Die Deutschen scheinen an ihren Treppen und Fluren von monumentalem Ausmaß festzuhalten. Oder ist dies nur die Macht der Tradition? Ein Übel, dem wir angesichts unserer vielgerühmten Freiheit auch nicht entrinnen. (In Amerika gibt es nur Nottreppen, die meist kein direktes Licht haben, der gesamte Verkehr geht über die Aufzüge. Der Verf.)

Die Oberschwester schlafen immer noch auf der Abteilung; weshalb, weiß ich nicht.

Sie teilen ihre Kranken nach Krankheiten und Geschlecht, wir in Amerika meist nur nach dem Geldbeutel. Im allgemeinen gibt es besondere Abteilungen für innere Medizin, Chirurgie und Entbindung. Innerhalb dieser Abteilung gibt es wieder allgemeine Krankensäle, Privatzimmer und Halbprivatzimmer (also I. und II. Klasse). Das mutet uns oft als ein hinduartiges Kastensystem, als verschwenderisch und durchaus unamerikanisch an.

Was die Deutschen nicht machen.

Sie bedenken nicht, daß diese Bauart teurer ist und daß sie lange Wege für die Bedienung erfordert. Oder hat man in Deutschland vielleicht herausgefunden, daß diese Flure (und damit die Krankenzimmer) leichter zu lüften und deswegen besser sind? Oder ist dies noch ein Überbleibsel aus der Zeit von Pasteur und Koch?

Es ist schlimm, wie weit Kranke und Pflegerpersonal zu den Aborten, Bädern usw. laufen müssen.

Sie benutzen nicht so viele Waschbecken, wie wir es im allgemeinen wünschen. (In Amerika hat meist jeder Kranke sein eigenes Waschbecken. Der Verf.)

Dagegen haben die deutschen Krankenhäuser eine unzureichende Zahl von Operationsräumen.

Sie brauchen nicht soviel Platz für Büros, Aufnahmezimmer, Sprechzimmer der Ärzte, Ruheräume und Bibliotheken. Sie sind wohl unter deutschen Verhältnissen überflüssig.

Sie zögern nicht, die Operationsräume, wenn es geht, im Erdgeschoß unterzubringen.

Die Deutschen legen nicht allen Nachdruck auf die innere Wärme des Krankenhauses und vernachlässigen dabei die Umgebung. Sie legen planmäßig große Gartenflächen bei den Krankenhäusern an, allerdings sind die Krankbetten oft so gestellt, daß man die Kranken an den Füßen aufhängen müßte, wenn sie in den Garten hineinschauen sollten.

Man fällt in Deutschland nicht in den Fehler, derartige Hallen (wie bei uns) vor die Krankenzimmer von Lungenkrankeanstalten zu legen, so daß diese nur Brutstätten für Bazillen werden.

In Deutschland verschwendet man kein Geld, um die Gebäude mit den Nottreppen für Feuergefahr zu verunstalten, auf denen man Lahme und Kranke doch nicht befördern kann. Offenbar gibt es in Deutschland keine Gesellschaften, die mit derartig scheußlichem und unnützem Zeug schweres Geld verdienen.

Die Deutschen haben keine Personalabteilungen von dem bei uns üblichen Standard. Meistens schlafen zwei in einem Raum, vier ist auch nicht ungewöhnlich; offenbar ist der Schichtwechsel in diesen Krankenhäusern kein Problem. Für 40 Pfleger oder Pflegerinnen (das Geschlecht war nicht angegeben) waren zwei Spülklosette, eine Badewanne und eine Brause vorgesehen. Das sollte man unserer Staatsaufsicht sagen, die darauf besteht, daß in den Schwesternheimen auf fünf Schwestern ein Spülklosette entfällt.

Man baut in Deutschland nicht soviel Einzelzimmer wie bei uns, allerdings scheint es nicht Pflicht der öffentlichen Anstalten zu sein, soweit zu gehen.

In einem deutschen Krankenhaus mußten die getrennten Pavillons für innere Krankheiten und Chirurgie erweitert werden, weil man mehr Betten brauchte. Bei uns hätte man im ähnlichen Falle nicht die einzelnen Abteilungen erweitert, sondern aus beiden durch die Erweiterung ein großes Gebäude gemacht, mit größerer Biegsamkeit im Gebrauch und mehr Sparsamkeit im Betrieb. —

WOHNUNGS- UND SIEDLUNGSWESEN

Wie der Bauwirtschaft geholfen werden kann. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung hat bekanntlich die Gutachterkommission (Brauns-Kommission) kürzlich den

zweiten Teil ihres Gutachtens veröffentlicht, der sich u. a. auch mit der Arbeitsbeschaffung in der Bauwirtschaft beschäftigt.

So empfiehlt die Kommission auf dem Gebiete des Verkehrswesens die Verbesserung des alten

Straßennetzes. Dieses ist in seinem gegenwärtigen Zustand in bezug auf Linienführung (Durchquerung eng bebauter Wohngemeinden), Straßenbreite und Straßendecke den Anforderungen eines modernen Verkehrs zu einem großen Teil nicht mehr gewachsen, wodurch Verkehrsschnelligkeit und Sicherheit leiden. Die Besserung dieser Verhältnisse durch Verbreiterung von Straßen und Umgehung von Wohngemeinden und durch Auflage neuer Decken wird daher dringend befürwortet, und gleichzeitig wird die Unterhaltungslast dadurch sinken. Wichtig ist ferner der Ausbau der ländlichen Straßen, insbesondere die Schaffung guter Verkehrsanschlüsse für die landwirtschaftlichen Siedlungsgebiete zur Erleichterung des Absatzes ihrer Erzeugnisse.

Als ein besonders geeignetes Feld für die Arbeitsbeschaffung sieht die Kommission die landwirtschaftlichen Meliorationen an. Hier treffen sowohl volkswirtschaftlich wichtige Vorteile wie auch privatwirtschaftlicher Nutzen und unter Umständen kurzfristiger Rücklauf des öffentlichen Kapitals mit günstigen arbeitsmarktpolitischen Wirkungen während der Ausführung der Arbeiten zusammen. Die Durchführung der Meliorationen nimmt viel Arbeitskraft, verhältnismäßig geringes Kapital nur kurze Zeit in Anspruch. Unter den Meliorationen muß die Verbesserung des Kulturlandes an die erste Stelle gesetzt werden, zumal nach einer Erhebung des deutschen Landwirtschaftsrates fast ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche entwässerungsbedürftig ist. Privatwirtschaftlich voll rentabel sind die Arbeiten bei dem heutigen Zinsniveau vielfach nicht, wenn Kapital für ihre Durchführung benötigt wird. Sie können dann nur mit billigen Darlehen aus öffentlichen Mitteln oder mit öffentlichen Zinszuschüssen zur Verbilligung privater Darlehen in Gang gebracht werden.

Die Kommission tritt ferner für zielbewußte Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung ein. Abgesehen von den bekannten bevölkerungspolitischen Gründen sprechen dafür triftige arbeitsmarktpolitische Erwägungen. Die Durchführung auf großen Flächen kann nach Ansicht der Kommission durch eine Art Gemeinschaftssiedlungen, deren Träger Genossenschaften, Klöster und andere Anstalten sind, mit Hilfe eines freiwilligen Arbeitsdienstes verbilligt und verbessert werden*).

Neben ihren großen Erfolgen in der Bekämpfung der Wohnungsnot hat die öffentliche Förderung des Wohnungsbaues in den vergangenen Jahren — sowohl in ihrem Umfang wie in der Verteilung der Mittel auf die einzelnen Wohnungsgrößen und die Wohnungsstandorte — und die damit zusammenhängende Ausdehnung des Baugewerbes auch ihre Schattenseiten gehabt. Gleichwohl ist ein zu schroffer Bruch mit der früheren Praxis, dem Wohnungsbau in großem Umfang öffentliche Mittel zuzuführen, zu vermeiden. Die Kommission empfiehlt daher, die unvermeidliche Verminderung der für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel in möglichst schonender Weise vorzunehmen und Möglichkeiten zu suchen, durch die diese Mittel gestreckt werden können.

Für Arbeiten, die aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, kommen folgende Gesichtspunkte in Frage:

Solche Arbeiten erfordern für Planung, Material und Entlohnung der Arbeiter ein Vielfaches des auf den Kopf des Arbeitslosen entfallenden und durch seine Beschäftigung eingesparten Unterstützungssatzes. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung**) nimmt als Ersparnis im Durchschnitt den Satz von 5 RM je Tagewerk an, den sie in der Regel als verlorenen Zuschuß gewährt. Die darüber hinaus erforderlichen Mittel bestehen aus

*) „Deutscher Lebensraum.“ Von Gustav Langen, Leiter des Deutschen Archivs für Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen, Berlin. Din A 5. 136 S. Text mit Abbildungen. Preis 6 RM. Verlag Deutsche Bauzeitung.

Beiträgen, die das Reich, die Länder und die Träger der Arbeiten aufzubringen haben. Zusätzlich können dann hinzukommen Anleihemittel, die zur Schonung der deutschen Kapitaldecke im Ausland aufgebracht werden sollten. —

BAUSTATISTIK

Die Bautätigkeit im März und im ersten Vierteljahr 1931. Der Wohnungsbau in den deutschen Groß- und Mittelstädten ging im März dieses Jahres gegenüber dem Vormonat wie auch im Vergleich zum Vorjahre nach „Wirtschaft und Statistik“ weiter zurück. Mit 6900 neuerstellten Wohnungen war im März die Zahl der Bauvollendungen um 1000 Wohnungen kleiner als im Februar und blieb damit um 14 v. H. hinter dem Ergebnis des Vormonats zurück. Insgesamt wurden im ersten Vierteljahr 1931 dem Wohnungsmarkt 25 500 neue Wohnungen zugeführt. Das sind 42 v. H. weniger als im entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres. Der erhebliche Rückgang der Zahl der Bauvollendungen ist auf das Zusammentreffen verschiedener Umstände zurückzuführen. Die Zahl der in das Jahr 1931 unvollendet übernommenen Bauten ist kleiner gewesen als im Vorjahr; des weiteren dürfte die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 eine gewisse Zurückhaltung in der Fertigstellung von Wohnungsbauten gebracht haben, da für alle nach dem 1. April 1931 fertiggestellten Wohnungsbauten gewisse Steuerbefreiungen gewährt werden. Auch die Ungewißheit über den Ausgang der Lohnverhandlungen im Zusammenhang mit dem Bauarbeiterstreik dürften verzögernd gewirkt haben.

Bei den Nichtwohngebäuden ist die Entwicklung etwas günstiger. So stiegen die Bauvollendungen nach der Größe des umbauten Raumes von 851 200 cbm im Februar auf 945 000 cbm im März 1931, also um 11 v. H. Die Zunahme ist auf die Fertigstellung von gewerblichen Bauten zurückzuführen, deren Volumen um 20 v. H. gewachsen ist. Im ersten Vierteljahr 1931 blieb die Größe des umbauten Raumes der neuerstellten Nichtwohngebäude mit 2,9 Mill. cbm um 45 v. H., die der begonnenen Bauten um 60 v. H. und der neu genehmigten Gebäude um 48 v. H. hinter dem Ergebnis des ersten Vierteljahres 1930 zurück.

In sämtlichen Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern wurden im März 8200 Wohnungen neu erbaut, etwa 1000 weniger als im Februar und 10 100 weniger als im März 1930. Von Januar bis März 1931 war die Zahl der Bauvollendungen in sämtlichen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern um 19 900 Wohnungen kleiner gegenüber dem ersten Vierteljahr des Vorjahres. —

VERSCHIEDENES

Notstandsarbeiten und Bauwirtschaft. Der Verfasser des Artikels „Notstandsarbeiten und Bauwirtschaft“ in Nr. 13 vom 1. April 1931 schreibt uns:

Von geschätzter, der A.-G. Obere Saale nahestehender Seite werde ich darauf aufmerksam gemacht, daß die aus der Schrift von Dipl.-Ing. Werner Günther „Beiträge zur Wasserwirtschaft“, Heft 2, zitierten Zahlen zu irreführenden Folgerungen Anlaß geben könnten. Die A.-G. Obere Saale habe unmittelbar für außergewöhnliche Fürsorgemaßnahmen, Unterbringung, Verpflegung, Ausrüstung, Reisen und sonstige soziale Zwecke für die Notstandsarbeiter 475 000 RM ausgegeben. Die übrigen Ausgaben für Minderleistung der Notstandsarbeiter, Verteuerung durch Behinderung des Baufortschrittes und Bindungen der Produktionsmittel seien von Günther nur geschätzt, und zwar allem Anschein nach in übertriebener Weise. —

**) Vgl. in „Bauwirtschaft und Baurecht“ Nr. 5 (21. 1. 1931) Geh. Rat Dr. Syrup über „Der Stand der Notstandsarbeiten und die Deutsche Ges. f. öffentl. Arbeiten“, Nr. 13 (1. 4. 1931) L. Stroux über „Notstandsarbeiten und Bauwirtschaft“ und Nr. 14 (8. 4. 1931) Stadtbaurat Jos. Schmidt über „Die Notstandsarbeiten“.